



## N i e d e r s c h r i f t

über die 2. Sondersitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 04.09.2012  
- Öffentlicher Teil -

---

Sitzungsraum: Ratssaal  
Beginn: 18:02 Uhr  
Ende: 19:28 Uhr

Anwesend:

### **Bürgermeister**

Herr Daniel Zimmermann

### **Mitglieder der CDU-Fraktion**

Herr Günter Bosbach  
Herr Karl-Heinz Göbel  
Herr Heinz-Jürgen Goldmann  
Herr Markus Gronauer  
Herr Karl König  
Herr Bruno Kosmala  
Herr Reinhard Ockel  
Herr Harald Schlee  
Herr Markus Schneider  
Herr Peter Werner

### **Mitglieder der Fraktion PETO**

Herr Florian Große-Allermann  
Herr Torsten Kinzel  
Herr Karsten Köchling  
Frau Jana Lang  
Frau Janne Oberdieck  
Herr Andreas Piana zu TOP 3 (ab 18:15 Uhr)  
Frau Lisa Pientak  
Herr Max Riedel  
Herr Lucas Risse  
Herr Michael Strauss  
Herr Sven Timmermann

### **Mitglieder der SPD-Fraktion**

Herr Alaattin Bayrak  
Herr Werner Goller  
Herr Thomas Heinen  
Frau Ursula Schlößer  
Herr Alexander Schumacher



## **von der Verwaltung**

Herr Andreas Apsel	entschuldigt
Frau Annette Berg	entschuldigt
Frau Gisela Herforth	entschuldigt
Herr Max Herrmann	entschuldigt
Herr Kurt Hundenborn	entschuldigt
Herr Georg Thomanek	entschuldigt
Herr Uwe Trost	entschuldigt

## **TAGESORDNUNG**

### **I. Öffentliche Sitzung:**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner
3. Einwendungen gegen die Änderung des Planfeststellungsbeschlusses für die CO-Pipeline VIII/1007
4. Leistung überplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen im Bereich 32 - Produkt 32.07 Allgemeine Sozialhilfe - Sachgebiet "Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz" VIII/0996
5. Genehmigung einer Dringlichen Entscheidung - Vertragsangelegenheit - Wegenutzungsvertrag VIII/0988
6. Antrag der FDP-Fraktion vom 13.08.2012 "Resolution zum Nichtraucherschutzgesetz" VIII/1001
7. Genehmigung einer Dringlichen Entscheidung - Überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Produkt 60.05 (Abwassertechnische Anlagen) im Zuge der Maßnahme Umgestaltung des Rathausvorplatzes mit Kreuzung Rathausplatz VIII/1013
8. Mündliche Mitteilungen
9. Mündliche Anfragen
- 9.1. Mitteilung von Ratsherrn Kosmala - CDU - "Aufstellen von Hunde-Service-Stationen"
- 9.2. Anfrage von Ratsherrn Anhut - FDP - "Sachstand hinsichtlich der Überprüfung der Beitragssätze bei Besuch des Offenen Ganztags"

- 9.3. Anfrage von Ratsherrn Anhut - FDP - "Sachstand hinsichtlich der Überprüfung zur Anschaffung von Tablet-PC für die Ratsmitglieder"
- 9.4. Anfrage von Ratsherrn Bosbach - CDU - "Beleuchtung an der Sandbergsporthalle"

## **SITZUNGSERGEBNIS:**

### **In öffentlicher Sitzung**

#### **1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

Der Bürgermeister eröffnet die Sondersitzung des Rates und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Er teilt mit, dass sich wegen der kurzfristig anberaumten Sitzung folgende Ratsmitglieder entschuldigt haben:

CDU-Fraktion: Frau Gabriele Hackel und Herr Tim Brühland,

PETO-Fraktion: Herr Jens Timmermann,

SPD-Fraktion: Frau Petra Arend-Karl, Herr Roland Gunia, Herr Helmut Nieswand

Fraktion Bündnis90/Die Grünen: Frau Andrea Stamm.

Anschließend weist der Bürgermeister auf die mit Schreiben vom 29.08.2012 in die Postfächer nachgereichte Vorlage VIII/1013 „Genehmigung einer Dringlichen Entscheidung“ hin, die unter TOP 7 beraten werden soll.

Gegen die um den Tagesordnungspunkt 7 erweiterte Tagesordnung ergeben sich keine Bedenken.

Der Bürgermeister begrüßt besonders Herrn Josef Muhr als Besucher der Sitzung und Herrn Dr. Heide, der zu Tagesordnungspunkt 3 referieren wird.

#### **2 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner**

Es liegen keine Wortmeldungen von Einwohnerinnen und Einwohnern vor.

#### **3 Einwendungen gegen die Änderung des Planfeststellungsbeschlusses für die CO-Pipeline Vorlage: VIII/1007**

Der Bürgermeister erläutert eingehend die Vorlage und erteilt im Anschluss Herrn Dr. Heide für weitergehende Informationen das Wort.

Unter Hinzuziehung einer Powerpointpräsentation stellt Herr Dr. Heide umfassend das Planänderungsverfahren vor.

Der Bürgermeister bedankt sich für die Ausführungen und weist auf die am Vortag durchgeführte Informationsveranstaltung der Bürgerinitiative gegen die CO-Pipeline hin, in der Herr Dr. Heide den interessierten Bürgerinnen und Bürger bereits Informationen zu dem Planänderungsverfahren gegeben habe. Er bedankt sich für den Einsatz der Mitglieder der Bürgerinitiative.

Die Sprecherinnen und Sprecher aller Fraktionen bedanken sich für die Ausführungen von Dr. Heide und erklären, der Verwaltungsvorlage zuzustimmen. Man zeigt sich erschreckt über das Verhalten des Antragstellers im Zusammenhang mit diesem Verfahren und ist auch über das Verhalten der Bezirksregierung enttäuscht.

Auf Nachfrage erklärt Herr Dr. Heide, dass die Frage wie eine Werksleitung zum Allgemeinwohl erklärt werden könne, der Dreh- und Angelpunkt des anhängigen Gerichtsverfahrens sei. Diese sei seit 2007 nicht beantwortet worden.

Abschließend hält der Bürgermeister fest, dass in der Diskussion zum Ausdruck gebracht worden sei, dass alle im Rat vertretenen Parteien aufgerufen seien, die Landtagsabgeordneten zu sensibilisieren und um Unterstützung im Kampf gegen die CO-Pipeline zu bitten.

Der Bürgermeister bedankt sich bei Herrn Muhr, der als Betroffener seine Klagebefugnis auch zum Wohle der Stadt Monheim am Rhein nutze. Er schätze die Chancen der Stadt in den Klageverfahren ohne dessen Unterstützung schlechter ein.

Zum Schluss gibt der Bürgermeister Hinweise auf die im Rahmen der Offenlage im Rathaus bereit liegenden Unterlagen und die von der Bürgerinitiative ausgelegten Unterschriftenlisten.

Er bedankt sich bei Dr. Heide für den Vortrag und wünscht ihm eine gute Heimfahrt.

## **Beschluss**

1. Die Stadt Monheim am Rhein erhebt sowohl in eigener Betroffenheit als auch als Träger öffentlicher Belange Einwendungen gegen den Antrag der Bayer Material Science AG vom 18.04.2012 auf Änderung des Planfeststellungsbeschlusses für die CO-Pipeline. Diese Einwendungen richten sich insbesondere gegen
  - die nachträgliche Verlegung einer 2. Geo-Grid-Matte in einem technisch nicht erprobten Verfahren;
  - die nachträgliche Genehmigung von Stahlrohren mit geringerer Festigkeit insbesondere im Bereich des Rheindükers sowie bei Unterquerung

- der Gleisanlagen der Bahnen der Stadt Monheim im Bereich Laacher Hof;
- Änderungen bzw. Wegfall von Mantelrohren im gesamten Stadtgebiet.
2. Die Stadt Monheim fordert die Bezirksregierung Düsseldorf und die Bayer Material Science AG auf, das Vorhaben CO-Pipeline wegen der rechtlichen und technischen Bedenken sowie des fehlenden Bedarfs endgültig aufzugeben.
  3. Die Stadt Monheim am Rhein wird weiterhin alle zur Verfügung stehenden rechtlichen Möglichkeiten nutzen, um die Inbetriebnahme der CO-Pipeline untersagen zu lassen.

**einstimmig zugestimmt**

**4 Leistung überplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen im Bereich 32 - Produkt 32.07 Allgemeine Sozialhilfe - Sachgebiet "Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz"**  
**Vorlage: VIII/0996**

Der Bürgermeister erläutert die Verwaltungsvorlage und stellt die Gründe dar, weswegen sich die Aufwendungen im Sachgebiet "Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz" zukünftig erhöhen würden. Zum einen hinge das mit der Erhöhung der Regelbedarfssätze und zum anderem mit der gestiegenen Anzahl von Asylbewerbern zusammen. Aktuell hielten sich 124 Asylbewerber im Stadtgebiet auf. Die Tendenz sei steigend.

Auf Nachfrage eines Ratsmitgliedes der CDU-Fraktion, inwiefern sich die steigende Zahl der Asylbewerber auf die Unterbringungsmöglichkeiten im Stadtgebiet auswirke, insbesondere im Hinblick auf den Rückbau von Asylbewerberheimen, teilt der Bürgermeister mit, dass in einer der nächsten Sitzung des Ausschusses für öffentliche und soziale Angelegenheiten darüber berichtet werde.

**Beschluss**

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein stimmt der Leistung überplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen im Bereich 32 – Produkt 32.07 Allgemeine Sozialhilfe – Sachgebiet „Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz“ in Höhe von 120.000 € zu. Zur Deckung werden die Mehrerträge aus dem Zuschuss des Landes NRW nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz in Höhe von 36.950 € für 2012 und bei der Einkommenssteuer in Höhe von 83.050 € herangezogen.

**einstimmig zugestimmt**

**5 Genehmigung einer Dringlichen Entscheidung - Vertragsangelegenheit - Wegenutzungsvertrag**

### **Vorlage: VIII/0988**

Nachdem der Bürgermeister die Dringlichkeit begründet und die Hintergründe dafür erläutert hat, erklärt der Beigeordnete auf Nachfrage eines SPD-Ratsmitgliedes, dass die rechtliche Überprüfung ergeben habe, dass es sich bei dem abgeschlossenen Wegenutzungsvertrag um einfaches Wegerecht handele, welches nicht in das Konzessionsrecht eingreife.

Ergänzend führt der Bürgermeister aus, dass nach Ablauf des Konzessionsvertrages mit der RWE AG im Jahre 2014 für das Gewerbegebiet Im Weidental ein Vergabeverfahren stattfinden würde, an dem sich dann auch die MEGA beteiligen werde. Die Veröffentlichung, dass die Konzession auslaufe, habe bereits stattgefunden.

### **Beschluss**

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) die Dringliche Entscheidung des 1. stellvertretenden Bürgermeisters, Herrn Günter Bosbach und des Ratsmitgliedes, Frau Lisa Riedel vom 07.08.2012 bzgl. des Abschlusses eines Wegenutzungsvertrages mit der MEGA für eine Direktversorgung der Firma Ecolab im Gewerbegebiet Weidental.

**einstimmig zugestimmt**

### **6 Antrag der FDP-Fraktion vom 13.08.2012 "Resolution zum Nichtraucherschutzgesetz"**

**Vorlage: VIII/1001**

Ein Sprecher der antragstellenden Fraktion erläutert den Antrag und erklärt, dass im Hinblick auf die Pläne der Landesregierung pragmatische Realpolitik gefragt sei. Der derzeit bestehende Kompromiss in Bezug auf den Nichtraucherschutz sei ausreichend und solle beibehalten werden. Er wünsche, dass die Ratsmitglieder bei der Abstimmung über die vorgeschlagene Resolution vom Fraktionszwang befreit wären.

Sprecherinnen und Sprecher aller anderen Fraktionen machen deutlich, dass in den Fraktionen durchaus kontrovers über das Thema debattiert worden sei. Übereinstimmend wird jedoch erklärt, dass der Rat der Stadt Monheim am Rhein das falsche Gremium sei, um über die Thematik Nichtraucherschutz zu beraten und zu beschließen. Es sei nicht Aufgabe des Stadtrates eine rechtliche Lösung zu finden. Außerdem fehle dem Stadtrat jegliche Kompetenz verbindliche Aussagen zu dem Thema zu treffen. Es handele sich dabei um Ländersache. Auch der jetzt gewählte Zeitpunkt sei ungünstig, da sich das Gesetzgebungsverfahren noch in der Beratung befände.

Das derzeitige Nichtraucherschutzgesetz sei eine schlechte Kompromisslösung. Ein konsequenter Nichtraucherschutz sei die sinnvollere Lösung. Es werde durchaus erkannt, dass aufgrund der vorliegenden Gesetzeslage viele Wirte Investitionen und Aufwendungen getätigt hätten, die mit einem strengeren Nichtraucher-

schutzgesetz hinfällig würden. Über eine evtl. Entschädigungsfrage habe ggf. der Gesetzgeber zu befinden. Es wird deutlich gemacht, dass der Gesundheitsschutz höher als der Brauchtumsschutz zu bewerten sei. Dass ein schärferer Nichtraucherschutz nicht zwingend eine wirtschaftliche Einbuße für die Wirte mit sich bringe, würden Beispiele aus anderen Ländern und Bundesländern belegen.

Im Anschluss an die Wortmeldungen stellt der Bürgermeister den Antrag der FDP-Fraktion zur Abstimmung.

**Beschluss:**

1. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein bekennt sich zu einem umfassenden Gesundheitsschutz der Bürgerinnen und Bürger, der unter anderem auch durch den Schutz von Nichtrauchern vor Passivrauch gewährleistet werden muss.
2. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein stellt fest, dass das geltende Nichtraucherschutzgesetz einen gelungenen Ausgleich zwischen dem Schutz von Nichtrauchern und den Freiheitsrechten der Bürgerinnen und Bürger herstellt sowie weitgehende Akzeptanz in der Öffentlichkeit findet.
3. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein lehnt eine unverhältnismäßige Verschärfung des Nichtraucherschutzgesetzes ab und fordert die Landesregierung auf, im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens davon Abstand zu nehmen, ein generelles Rauchverbot für Zelt- und Brauchtumsveranstaltungen, für alle Eckkneipen (auch unterhalb von 75 m<sup>2</sup>) sowie für geschlossene Veranstaltungen in Gaststätten einzuführen und speziell eingerichtete Raucherräume zu verbieten.

**Abstimmungsergebnis:**

24 Nein-Stimmen:	10 PETO, 5 SPD, 4 CDU, 2 Bündnis90/Die Grünen, 1 Frau Friedrich, 1 Linke, 1 BM
9 Ja-Stimmen:	6 CDU, 3 FDP
1 Enthaltung:	PETO

**mehrheitlich abgelehnt**

**7 Genehmigung einer Dringlichen Entscheidung - Überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Produkt 60.05 (Abwassertechnische Anlagen) im Zuge der Maßnahme Umgestaltung des Rathausvorplatzes mit Kreuzung Rathausplatz  
Vorlage: VIII/1013**

Einleitend weist der Bürgermeister auf die unabweisbare Notwendigkeit der Kanalbaumaßnahme, wie sie in der Begründung der Dringlichen Entscheidung dargestellt wurden, hin. Er weist auf stattgefundene Verzögerungen hin, weswegen die gesamte Baumaßnahme – Oberflächenumgestaltung des Kreuzungsbereiches Rathausplatz / Alte Schulstraße / Krischerstraße/Gartzenweg und damit verbunde-



nen Kanalbaumaßnahmen – auf Anfang des Jahres 2013 verschoben wurde.

Der Sprecher der CDU-Fraktion vertritt die Auffassung, dass durch die Verschiebung des Maßnahmebeginns in das Jahr 2013 die Dringlichkeit nicht mehr gegeben sei. Man solle die Dringliche Entscheidung aufheben und die Mittel für die Kanalsanierung für das Jahr etatisieren. Die Verwaltung solle aus Gründen der Transparenz für den Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen einen Überblick über die für das Jahr 2013 geplanten Gesamtmaßnahmen erstellen, aus dem die Gesamtkosten der geplanten Maßnahmen ersichtlich seien.

Die Verwaltung erklärt, dass die in der Dringlichen Entscheidung angesprochenen Kanalbaumaßnahmen als Teilmaßnahmen bereits in dem durch den Rat genehmigten Abwasserbeseitigungskonzept enthalten seien. Die veranschlagten Beträge seien dort aufgelistet. Einige der dort aufgeführten Kanalauswechslungen würden jetzt zu einer „neuen“ Kanalbaumaßnahme vereint. Eine Kostensteigerung ergäbe sich nur durch den erheblich schadhafteren Kanalschacht in der Krischerstraße.

Die Dringlichkeit sei nach wie vor gegeben, erklärt der Bürgermeister. Die überplanmäßig bereitgestellten Mittel seien erforderlich, um noch in diesem Jahr die Ausschreibungen vorzunehmen, weil sonst der Zeitplan – Baubeginn Februar 2013 – nicht eingehalten werden könne. Die Kanalbaumaßnahmen sollen nicht von den Straßenumgestaltungsmaßnahmen abgekoppelt werden, weil dadurch der Aufwand und die Kosten unnötig erhöht würden.

Der Bürgermeister sagt zu, dass im Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen ein Überblick über die geplanten Kanalbaumaßnahmen gegeben werde.

### **Beschluss**

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) die Dringliche Entscheidung des Bürgermeisters, Herrn Daniel Zimmermann, und des Ratsmitglieds, Herrn Markus Gronauer, vom 13.07.12 bezüglich der überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Produkt 60.05 (Abwassertechnische Anlagen) im Zuge der Maßnahme Umgestaltung des Rathausvorplatzes mit Kreuzung Rathausplatz

**einstimmig zugestimmt**

## **8 Mündliche Mitteilungen**

Es liegen keine mündlichen Mitteilungen vor.

## **9 Mündliche Anfragen**

### **9.1 Mitteilung von Ratsherrn Kosmala - CDU - "Aufstellen von Hunde-Service-Stationen"**

Herr Kosmala bedankt sich, dass an verschiedenen Standorten im Stadtgebiet Stationen aufgestellt wurden, an denen Hundehalter kostenlos Plastikbeutel entnehmen können, um die Hinterlassenschaften ihrer Hunde darin zu verpacken und zu entsorgen. Er richtet jetzt seinen besonderen Appell an die Hundehalter hiervon rege Gebrauch zu machen.

Der Bürgermeister erklärt, dass geplant sei, die Nutzung der Service-Stationen durch Spielplatzscouts und den Ordnungsdienst vermehrt zu kontrollieren.

## **9.2      Anfrage von Ratsherrn Anhut - FDP - "Sachstand hinsichtlich der Überprüfung der Beitragssätze bei Besuch des Offenen Ganztags"**

Herr Anhut weist auf einen Prüfauftrag an die Verwaltung aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 22.03.2012 hin, wonach geprüft werden sollte, welche Mindereinnahmen bei einer Senkung von Ogata-Beiträgen unter bestimmten Voraussetzungen entstehen würden. Er fragt nach dem Stand der Angelegenheit.

Die Verwaltung teilt mit, dass derzeit verschiedene Berechnungen ermittelt würden. Diese würden im zuständigen Fachausschuss zur Kenntnis gegeben.

## **9.3      Anfrage von Ratsherrn Anhut - FDP - "Sachstand hinsichtlich der Überprüfung zur Anschaffung von Tablet-PC für die Ratsmitglieder"**

Herr Anhut bezieht sich auf einen Prüfauftrag an die Verwaltung, wonach geprüft werden solle, ob eine Kostenersparnis erzielt werden könne, wenn den Ratsmitgliedern ein Tablet-PC zur Verfügung gestellt und auf die Papiervorlagen verzichtet würde. Er fragt nach dem Stand der Angelegenheit.

Die Verwaltung teilt mit, dass derzeit noch kein abschließendes Prüfergebnis vorliegen würde. Man müsse verschiedene Systeme überprüfen. Das nähme eine längere Zeit in Anspruch. Bei Vorliegen eines Prüfergebnisses, werde dieses den Ratsmitgliedern zur Kenntnis gegeben.

## **9.4      Anfrage von Ratsherrn Bosbach - CDU - "Beleuchtung an der Sandbergsporthalle"**

Herr Bosbach weist darauf hin, dass die neu Turnhalle am Sandberg auch für Seniorensport genutzt werde. Viele der Senioren würden mit dem Fahrrad zu den abendlichen Sportveranstaltungen fahren. Wegen einer fehlenden Beleuchtung sei es abends sehr schwierig, die Fahrradschlösser zu schließen bzw. zu öffnen. Er bittet zu prüfen, ob in dem Fahrradabstellbereich eine Beleuchtungsanlage angebracht werden könne.

Der Bürgermeister sagt eine Lösung des Problems zu.

Hinweis: Der Vorsitzende des Stadtsportverbandes teilt nach der Sitzung dem Bürgermeister mit, dass diesbezüglich schon Absprachen mit dem Sportbüro getroffen wurden. Eine Beleuchtung wurde bereits in Auftrag gegeben.

---

Daniel Zimmermann  
Bürgermeister

---

Beate Hellingrath  
Schriftführerin